

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 27. Juni 1984

Blatt 1465

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Wiener Landtag
 Gute Zahlungsmoral der Strom- und Gaskunden
 Pionierbrücke über U-Bahn-Baustelle
 Neue Linksabbiegephase für die Verkehrsampel
 Wohnpark Alterlaa

Lokal: Aktion "Sportplatz der offenen Tür" läuft an
(orange) Hochseeschiff morgen vormittag in Wien

Nur
über FS: Tankwagenunfall im 22. Bezirk

Gute Zahlungsmoral der Strom- und Gaskunden

++++

2 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Anzahl der Kunden der Gas- und E-Werke, die mit der Bezahlung ihrer Rechnungen im Verzug sind, ist seit dem vergangenen Jahr nicht mehr wesentlich gestiegen. Sie hat sich bei 18.300 Fällen eingependelt.

Umgerechnet auf die Gesamtzahl der Kunden bedeutet das, daß etwa 98,6 Prozent ihre Rechnungen pünktlich und ohne Verzug begleichen, was für die Zahlungsmoral der Bevölkerung spricht. Unter den Zahlungsunwilligen befinden sich 14.700 Haushalte, die zum größten Teil bereits mehr als sechs Monate im Rückstand sind. Der Rest entfällt auf Gewerbetreibende. Im Zeitraum zwischen November 1983 und April 1984 mußten 7.852 Gas- und 8.244 Stromanlagen abgeschaltet werden. In dieser Zahl sind sowohl Haushalte als auch Gewerbebetriebe enthalten, die nicht gesondert erfaßt werden.
(Schluß) roh/ap

NNNN

Pionierbrücke über U-Bahn-Baustelle

=++++

3 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Über die U-Bahn-Baustelle in der Eichenstraße wird derzeit eine Brücke errichtet. Die Brücke wird von 80 Soldaten der Pionierkaserne Melk zusammengebaut. Anfang Juli soll der Verkehr über das Brückenprovisorium geleitet werden.

Die Brücke hat eine Spannweite von 24,4 Metern und verfügt über zwei Fahrspuren. Sie wird für zirka drei Jahre den Umleitungsverkehr über die U-Bahn-Baustelle aufnehmen. (Schluß) ba/ko

NNNN

Neue Linksabbiegephase für die Verkehrsampel beim Wohnpark Alterlaa
=++++

4 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ab Donnerstag abend verfügt die Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Anton-Baumgartner-Straße - Altmannsdorfer Straße in Liesing über eine eigene Linksabbiegephase. Infolge des starken Verkehrsaufkommens in der Anton-Baumgartner-Straße aus der Richtung Wohnpark Alterlaa kam es bei dieser Kreuzung immer wieder zu Stauungen, weil die Gelbphase für die vielen Verkehrsteilnehmer, die links in die Altmannsdorfer Straße einbiegen wollen, nicht ausreichte. Nun werden die Grünzeiten neu aufgeteilt; es wird eine eigene Phase für diese Linksabbieger geschaffen. Zur Information der Verkehrsteilnehmer werden Tafeln "Achtung: geänderte Signalregelung" aufgestellt. (Schluß) sc/ko

NNNN

Aktion "Sportplatz der offenen Tür" läuft an

=++++

5 #Wien, 27.6. (RK-LOKAL/SPORT) Mit Beginn der Sommerferien läuft die Aktion "Sportplatz der offenen Tür", bei der Kinder und Jugendliche, auf einigen Plätzen aber auch Erwachsene, die Gelegenheit haben, sich bei freiem Eintritt sportlich zu betätigen. Als Veranstalter tritt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis auf. #

Vom 2. Juli bis 31. August stehen den Jugendlichen jeweils von Montag bis Freitag folgende Sportanlagen zur Verfügung:

2, Spenadlwiese	9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr
2, Augarten (Jahnwiese)	9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr
10, Windtenstraße, Eisring Süd	14 - 17 Uhr
12, Haydn-Park	9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr
12, Johann-Hoffmann-Platz	9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr
15, Auf der Schmelz (ASKÖ)	9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr
15, Wiener Stadthalle	14 - 17 Uhr
16, Erdbrustgasse	14 - 17 Uhr
17, Marswiese	14 - 17 Uhr
18, Währinger Park	14 - 17 Uhr
19, Krottenbachstraße 108	14 - 17 Uhr
20, Brigittenaue Lände 236	14 - 17 Uhr
21, Jochbergengasse	14 - 17 Uhr
22, Erzherzog-Karl-Straße 170	14 - 17 Uhr
23, Mauer, Erhardgasse	14 - 17 Uhr

Für Jugendliche ab 15 Jahre und Erwachsene sind folgende Anlagen zugänglich:

2, Spenadlwiese	Montag - Freitag	17 - 19 Uhr
10, Windtenstraße	Montag - Freitag	17 - 20 Uhr
17, Marswiese	Montag, Mittwoch und Donnerstag	17 - 20 Uhr

Zwtl.: Zahlreiche Sportaktivitäten beim Wiener Ferienspiel

Im Rahmen des Wiener Ferienspiels gibt es für Kinder und Jugendliche zahlreiche Sportaktivitäten.

So wird in zwei Sporthallen ein Tennis-Grundkurs für 8- bis 15jährige durchgeführt, Möglichkeit zum Tischtennispielen besteht in den Monaten Juli und August in insgesamt acht Hallen.

Kostenlos sind weiters Eislaufen in der Halle C der Wiener Stadthalle und Rollschuhlaufen am Eisring Süd. Grundkurse im Wasserskiliftfahren werden außerdem zu ermäßigten Preisen für Kinder und Jugendliche auf der Neuen Donau abgehalten.

Auskünfte über diese Aktionen erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800/4188. (Schluß) hof/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

6 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte am Mittwoch seine am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1983 fort.

Mit einem Gewinn von 16 Millionen Schilling gelang es den Wiener Stadtwerken seit ihrem Bestehen nunmehr zum vierten Mal, eine positive Bilanz auszuweisen, betonte Energiestadtrat HATZL (SPÖ) in seinem einleitenden Referat. Diese positive Bilanz ist auf die Auswirkungen der 1979 vom Gemeinderat beschlossenen Entlastung der Verkehrsbetriebe, auf die günstige Entwicklung bei den Fremdkapitalzinsen und bei den Instandhaltungsaufwendungen und auf die leider nur kurzfristige Beruhigung der Rohenergiepreise zurückzuführen.

Hatzl verwies auf den hohen Investitionsaufwand der Wiener Stadtwerke, die damit auch einen großen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Bundeshauptstadt geleistet haben. Die Stadtwerke tun aber auch viel im Bereich des Umweltschutzes. So ist es gelungen, betonte Hatzl, den SO₂-Ausstoß der Kraftwerke innerhalb von vier Jahren zu halbieren. Im Zuge der Realisierung des Energiekonzeptes wird die Fernheizung forciert, was sich ebenfalls günstig auf die Umweltsituation auswirkt.

Die Energieversorgung von Wien ist gesichert. Selbst im Falle einer weltweiten Krise sind Vorräte für ein halbes Jahr vorhanden. Zum Thema Rückgang des Energieverbrauches stellte Hatzl fest, daß damit nicht automatisch ein Rückgang des Stromverbrauches verknüpft sei. Im Gegenteil, der Stromverbrauch hat in Wien zugenommen und wird auch künftig steigen.

Die Verkehrssituation hat sich entscheidend verbessert. Betrug die Fahrgastzahl der Verkehrsbetriebe 1973 noch 407 Millionen, so stieg diese Zahl im Jahr 1983 auf 573 Millionen. Es ist dies auch ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung die Tarifregulierung anerkannt hat. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

7 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Diese positive Entwicklung zeigt sich auch bei der Steigerung der Monats- und Jahresnetzkarten und dem gleichzeitigen Rückgang der Einzelfahrscheine. Nicht verschwiegen werden dürfe die soziale Funktion der Verkehrsbetriebe, betonte Hatzl. Durch Sozialtarife wurden in fünf Jahren Mindereinnahmen von 4,5 Milliarden verzeichnet.

Hatzl verwies auf die große Bedeutung des U-Bahn-Baues. Es sei das Ziel, durch die Bauarbeiten so wenig wie möglich die Umgebung zu stören. Es ist bedauerlich, daß manche Medien und manche Politiker die Bauprobleme überbewerten und entstellt wiedergeben. An aktuellen Problemen im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 und der U 6 verwies Hatzl darauf, daß die Endstelle der U 6 von der Philadelphiabrücke nach Siebenhirten verlegt werden soll. Die U 3 soll im Westen direkt an die Vorortelinie angebunden werden.

Beim Energieverbrauch gibt es einen kontinuierlichen Anstieg. Und das bedeutet, betonte Hatzl, daß die Stadtverwaltung mit ihrer Vorsorgepolitik recht gehabt hat. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

8 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Importabhängigkeit Österreichs bei Rohöl und Erdgas, habe dazu geführt erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), daß Wien den höchsten Strompreis Österreichs habe, nicht zuletzt deshalb, weil im Osten Österreichs weniger Wasserkraft zu nutzen sei. Andere Komponenten seien allerdings, daß die E-Werke die Verkehrsbetriebe mitfinanzieren müßten. Neben den Stromtarifen seien auch die Gaspreise für Haushalt und Gewerbe in Wien zu hoch.

Die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel müsse durch Beschleunigungsprogramme gesteigert werden, sagte Pawkowicz. Es sei jedoch keine Lösung, wie im Bereich des "J-Wagens", die Beschleunigung zu forcieren und flankierende Maßnahmen für den ruhenden Verkehr völlig außer acht zu lassen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

9 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) kritisierte die Undurchschaubarkeit des Rechnungsabschlusses der Stadtwerke und forderte eine detaillierte Aufschlüsselung der Ergebnisse der Teilunternehmen. So betrage der Gewinn der Wiener E-Werke nicht, wie im Rechnungsabschluß ausgewiesen, 191 Millionen Schilling, sondern 1.354 Millionen Schilling, wenn man die Inanspruchnahme des Investitionsfreibetrages, die Inanspruchnahme der Energieförderungsrücklage, die jährliche Subvention an die Verkehrsbetriebe und die Entschuldung der Verkehrsbetriebe miteinkalkuliert. Die Verkehrsbetriebe selbst könnten zumindest ausgeglichen bilanzieren, wenn sie einen höheren Betriebskostenzuschuß und die Refundierung der Gebrauchsabgabe erhielten. Schließlich wies Stratil darauf hin, daß es im Bereich der Stadtwerke Überstundenleistungen bis zu 57 Überstunden im Monat gebe. Dies sei nicht in Ordnung, da in der Privatwirtschaft derartige Überstundenkontingente auch nicht möglich seien und diese Praktiken angesichts der derzeitigen Arbeitslosenrate nicht einzusehen seien. (Forts.) gab/ap.

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

10 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KOPFENSTEINER (SPÖ) betonte, daß Überstunden im Verkehrsbereich oft nicht wegzudenken sind. Das Personal könne ja nicht mitten auf der Strecke einfach vom Wagen geholt werden.

Zur 35-Stunden-Woche stellte er fest, diese wäre keine Frage eines Betriebes, sie sollte zwischen den Sozialpartnern so verhandelt werden, daß es zu einer vernünftigen Lösung kommt.

Zum Vorwurf, das Beschleunigungsprogramm bei Straßenbahnlinien habe nicht "gegriffen", sagte Kopfensteiner, dieses scheitere oft am Einspruch der Bezirksvertretungen. Er erinnerte daran, daß der öffentliche Verkehr wesentlich zur Entlastung der Umwelt beigetragen habe. Wie gut die öffentlichen Verkehrsmittel und das Konzept der Dauerausweise bei der Bevölkerung ankommen, zeige sich nicht zuletzt daran, daß Ende April bereits 76.000 Jahresnetzkarten ausgegeben worden waren. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

11 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (öVP) zitierte aus dem Verwaltungs- und Kontrollamtsbericht verschiedene Fakten: Unter anderem stellte er fest, daß die Vorräte an Heizöl und Erdgas gesunken seien. Er regte den Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen, wie dies bei der ÖMV geschehen sei, an. Kreiner bezweifelte, daß die von den Heizbetrieben Wien ausgewiesene Einsparung bei Heizöl von 200 Millionen Schilling den Konsumenten zugute komme. Im Verwaltungsbericht wurde die Notwendigkeit des Baues eines weiteren kalorischen Kraftwerkes festgestellt, jedoch trotz abzusehender Engpässe auf 1990 verschoben. Es sei zu wenig, so Kreiner, wenn von den E-Werken nur Messungen nach dem Rauchgasemissionsgesetz vorgenommen, aber keine diesbezüglichen Anlagenverbesserungen vorgenommen werden. Zu der Betriebszeitung "24 Stunden" zitierte Kreiner aus dem Kontrollamtsbericht, daß diese widmungswidrig Berichte betriebsfremder Abteilungen enthalte. Weiters regte Kreiner an, daß die Beratungsstellen der E-Werke und Gaswerke aus Kostengründen zusammengelegt werden sollten. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

12 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPö) verwies darauf, daß die Vereinigung der drei Versorgungsunternehmen, E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe, ein guter Schritt zur Koordinierung der gesamten Energieversorgung der Stadt Wien war. Die drei Unternehmungen haben im Rechnungsjahr 1983 große Investitionen getätigt, die sich auch positiv auf die gesamte Wiener Wirtschaft ausgewirkt haben. Die Tarifierungen waren richtig, und trotz Erhöhungen konnte sich die Bevölkerung mehr leisten. Die Rednerin zeigte das an Hand der Durchschnittslöhne eines Industriearbeiters. 1982 bekam ein Industriearbeiter für den Lohn einer Arbeitsstunde 49, 1983 aber 56 Kilowattstunden. Hervorzuheben sei, daß nach der erfolgreichen Sanierung des Gasnetzes die Störungsfälle um 30 Prozent zurückgegangen sind. Maria Kuhn wies die Kritik der ÖVP, daß die Teilbetriebe E-Werke und Gaswerke die Verkehrsbetriebe subventionieren, zurück. "In keiner Stadt der Welt können sich die Verkehrsbetriebe selbst erhalten." Übrigens sei dieser Querverbund zu Beginn der 60er Jahre von einem ÖVP-Stadtrat festgelegt worden. Positiv wertete die Rednerin den forcierten Ausbau der Fernwärme. Sie bezeichnete dies als Beitrag im Sinne des Umweltschutzes. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

=++++

13 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der uneinheitliche Strompreis in Österreich sei unbestritten ein gewisses Unrecht, erklärte StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort. Eine Chance auf Ausgleichung liege in der billigeren Stromerzeugung und Nutzung. Es sei, sagte Hatzl, der erklärte Wille Wiens und der Donaukraftwerke AG, daß die Staustufe Wien dort gebaut werde, wo sie auch geplant war.

Zur Preisgestaltung sagte Hatzl, daß die Gas-, Strom- und Fernwärmetarife seit etwa drei Jahren unverändert seien und daß es sogar Reduktionen für die Kunden gegeben habe.

Man werde im Sinne der Wiener kein Vermögen dafür ausgeben, Blöcke des Kraftwerkes Simmering im Sinne des Umweltschutzes technisch umzurüsten, wenn diese laut Energiekonzept Ende der 80er Jahre ohnehin stillgelegt werden. Betreffend die Preisgestaltung der Heizbetriebe Wien sagte Hatzl, daß eine Einbindung der Heizbetriebe in den Querverbund keine zielführende Maßnahme sei.

Zu den Tarifen der Wiener Verkehrsbetriebe meinte Hatzl, daß es sich um keine Tariferhöhung, sondern eine Regulierung, das heißt ein Nachziehen der Tarife gehandelt habe. Daß auch die Kunden dies anerkennen, beweise die Tatsache, daß der Anteil der Netzkartenbenützer gestiegen sei.

Die Verringerung der Überstundenleistungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben habe in den Jahren 1980 bis 1983 immerhin 25 Prozent betragen. Bezüglich der Betriebszeitung "24 Stunden" sagte Hatzl, es könne nicht als widmungswidrig erachtet werden, wenn man darüber informiere, wie man mit öffentlichen Verkehrsmitteln z.B. in Wiener Freizeitgebiete gelange.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Rechnungsabschlußdebatte war damit beendet. Im Anschluß an die Landtagssitzung findet eine zweite Sitzung des Gemeinderates mit der "restlichen Tagesordnung" statt. (Forts.) je/ti

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

14 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat unter dem Vorsitz des ersten Landtagspräsidenten Hubert PFOCH zusammen. Ein ANTRAG der ÖVP zur Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Als Mitglied in den Bundesrat wurde Fritz VERZETNITSCH anstelle von Rudolf NÜRNBERGER, als Ersatzmitglied des Bundesrates Otto HIRSCH anstelle von Ing. Walter HOFSTETTER gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig. Ebenfalls einstimmig wurde Ernst NUSSBAUM anstelle von Wilhelm KNEISLER als Mitglied des Unvereinbarkeitsausschusses gewählt.

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien mit dem Ziel, der vom Verwaltungsgerichtshof vertretenen Rechtsmeinung über die von Kollegialorganen eingebrachten Gegenschriften Rechnung zu tragen. Der Antrag wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

StR. Friederike SEIDL beantragte ein Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, die Dienstordnung 1966, die Vertragsbedienstetenordnung 1979 und das Wiener Bezügegesetz in Anpassung an die Bundesregelung für öffentliche Bedienstete, die gleichzeitig gewählte Mandatare sind, geändert werden. Nach dieser Änderung haben Beamte, die gleichzeitig Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft sind, ihren Dienst weiter auszuüben. Es erfolgt eine Bezugskürzung um 25 Prozent. Sollte die Dienstleistung nicht möglich sein, werden die Beamten freigestellt und erhalten einen Bezug in der Höhe der fiktiven Pension, die jedoch nicht höher sein darf als 75 Prozent des Aktivbezuges. Überdies gibt es die Möglichkeit für die Beamten, auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt zu werden. Im Bezügegesetz ist vorgesehen, daß sich die Abfertigung für Landtagsabgeordnete ausschließlich nach den Jahren richtet, die als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft verbracht wurden. Ferner wird eine Einkommensgrenze für pensionierte Landtagsabgeordnete eingeführt, die sich an der Höhe des Aktivbezuges eines Regierungsmitgliedes orientiert. Der Antrag wurde ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)

=++++

15 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Franz MRKVICKA brachte einen Antrag zur Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes ein. Der Antrag hat das Ziel, das Nebeneinander von Aufzählgeräten mit hohen Freispielgewinnen und den neu eingeführten Münzgewinnspielapparaten, die auf fünf Schilling Einsatz und 100 Schilling Gewinn limitiert sind, zu beenden. Durch eine Übergangsbestimmung wird den Altkonzessionären von Aufzählgeräten die Möglichkeit geboten, sich auf die nun erlaubten Münzgewinnspielapparate umzustellen, ohne daß es einer Meldung bei der Behörde bedarf. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Schluß) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Zweite Sitzung - Anfragen und Anträge

=++++

16 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Landtagssitzung trat der Gemeinderat zu einer zweiten Sitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen ANFRAGEN der ÖVP betreffend Werbetafeln für das Donauinselfest und betreffend Sanierung des Stadions vor. Weiters lagen ein ANTRAG der SPÖ betreffend Ausbau von öffentlichem Gut im Bereich der Börnergasse als Fußweg sowie ANTRÄGE der ÖVP betreffend die Überstundenleistungen der Gemeindebediensteten, betreffend Förderungsmaßnahmen zur Errichtung von Innovations- und Gründungszentren, betreffend die Wasserqualität im Heinz-Nittel-Hof, betreffend Überstundenleistungen der Stadtwerke-Bediensteten und betreffend die Wiederherstellung des Radweges durch die Venediger Au vor. Die Anträge wurden zugewiesen.

Zwtl.: Kontrollamtsbericht

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1983 vor. Insgesamt wurden 327 Teilberichte behandelt. Wie Hirnschall u.a. ausführte, wurden für das Schulgebäude im AKH 10,5 Millionen Schilling Sachkredit beschlossen, damit Fenster geöffnet und Jalousien in Ordnung gebracht werden können. Es wurde festgestellt, daß jedoch auf die Öffnungen verzichtet wurde und außerdem lediglich Isolierungsarbeiten vorgenommen wurden.

Aufgrund einer vertraulichen Mitteilung nahmen das Kontrollamt und die Magistratsabteilung 17 im Pavillon 16 des Psychiatrischen Krankenhauses eine überraschende Kontrolle vor. Es wurden Mißstände festgestellt, die tiefgreifende Änderungen und Strafmaßnahmen eingeleitet haben. (Forts.) ull/ko

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

17 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Weiters wies Hirnschall auf die Gefahr hin, daß bei Rohrgebrechen im Kühlhaus St. Marx größere Mengen von Ammoniak austreten könnten. Dies wäre deshalb nicht auszuschließen, weil die Kälteanlage mit einer Gesamtfüllmenge von rund 30.000 Liter Ammoniak nur aus drei Kreisläufen besteht und außerdem die Absperrvorrichtungen so angeordnet sind, daß sie in bestimmten Gefahrensituationen nicht erreicht werden können.

Bei einer Kontrolle beim Verlag Jugend & Volk wurde festgestellt, daß bei Belletristik und Pädagogik eine zu hohe Zahl an Neuerscheinungen herausgebracht wurde.

Abschließend sprach Hirnschall dem neuen Kontrollamtsdirektor seinen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit aus. (Forts.)

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

18 Wien 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (öVP) sagte, der Kontrollausschuß habe sich bewährt. Es gehe darum, Wiederholungen von Fehlleistungen für die Zukunft zu vermeiden. Der Redner nahm zur Ammoniakanlage in St. Marx Stellung. Er bedauerte, daß bereits in den Jahren 1976 und 1977 auf die Sicherheitsgefahr aufmerksam gemacht worden sei, ohne daß Maßnahmen gesetzt worden seien. Für die mangelnde Aufsicht trage der zuständige Stadtrat die Verantwortung.

Der Kontrollamtsbericht bestätige außerdem die öVP-Kritik an der Unübersichtlichkeit der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Krankenanstalten. Hier trete eine große Auffassungsdifferenz zwischen Kontrollamt und Spitalsverwaltung zutage. Auch die Erwartungen an die vier Gruppendirektionen im Bereich der Spitalsverwaltung hätten sich nicht erfüllt, es kam lediglich zur Verlängerung der Verwaltungswege.

Dr. Krasser stellte auch die Frage nach der Zukunft des Messepalastes. Wissenschaftsminister Fischer plane ein Projekt für die Bundesmuseum, ungeklärt sei es, ob die Messe-AG nach Auslaufen des Mietvertrages ausziehen werde.

Die Volkspartei nimmt den Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis. GR. Dr. Krasser dankte dem Kontrollamtsdirektor und den Mitarbeitern des Kontrollamtes für ihre wertvolle Prüftätigkeit.

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

20 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollamtsbericht, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), decke mögliche Mißstände auf, könne aber auch im Hinblick auf die erwartete Kontrolle eine prophylaktische Wirkung haben. Pawkowicz wies auf die Notwendigkeit der Nachkontrolle hin. Bei der Öffentlichkeitsarbeit der Stadtwerke gebe es eine ganze Reihe Publikationen, die eigentlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit nur das wiederholen, was bereits in den "24 Stunden" zu lesen war. Auch sehe er die Notwendigkeit einer Broschüre "Endstation" als Wander- und Freizeitführer nicht ein, genauso wenig wie die Auflage von Spielkarten als Geschenk an Jahresnetzkartenbenützer. Darüber hinaus habe das Kontrollamt zu Recht das Marketing im Bereich Imagepflege der Messe-AG als zu kurzfristig kritisiert, schloß Pawkowicz.

Von 327 Prüfberichten und Stellungnahmen habe der Ausschuß jeden zweiten Bericht in insgesamt dreißig Stunden diskutiert, führte GR. Prof. WIESINGER (SPö) aus. Auch bei Diskussionspunkten wie Fragen der Ausschreibung, der Kälteanlage St. Marx, der Inventarisierung des AKH und den Geschehnissen in der Psychiatrischen Anstalt Baumgartner Höhe sei das Diskussionsklima ein sachliches und konstruktives gewesen. Er bezweifle nicht, sagte Wiesinger, daß aufgrund der Beanstandungen und der Nachkontrolle sich solche Dinge nicht wiederholen werden, und machte darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen eine Lernprozeß noch nicht abgeschlossen sei. Wiesinger wies auf die Effizienz der zeitnahen Kontrolle hin.

Aus den Konfrontationen der Meinungen im Ausschuß, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) in seinem Schlußwort, habe sich ein instruktives Bild ergeben, doch kämen die Rechnungshofberichte etwas zu kurz.

ABSTIMMUNG: Einstimmig zur Kenntnis genommen.
(Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Baurecht für Konsum in Hadersdorf

=++++

21 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte die Bestellung eines Baurechts für den Konsum für ein Grundstück im Ausmaß von über 2.000 Quadratmetern in Hadersdorf.

GR. NEUMANN (öVP) kritisierte, daß der "Umsatzriese" Konsum dieses Grundstück für nur 33.000 Schilling Zins pro Jahr erhalte und somit von der Stadt Wien subventioniert werde. Der Konsum habe sich weit von seinen ursprünglichen Vorstellungen zu einem Produkt- und Preismonopolisten entwickelt. Die Stadt Wien verzerre durch die Bevorzugung des Konsums den Wettbewerb und trage zur Vernichtung selbständiger Kaufleute bei.

GR. SEVCIK (SPö) wies darauf hin, daß das besagte Grundstück zwischen der Bundesbahn und der Hadersdorfer Hauptstraße liege und daher für den Wohnbau ungeeignet sei. Der Konsum sei das einzige Nahversorgungsunternehmen gewesen, daß sich um diesen Platz beworben habe, und habe daher im Sinne einer funktionierenden Nahversorgung den Zuschlag erhalten. Im übrigen sei der Konsum kein Monopolist, sondern nur eine von mehreren Großhandelsketten, die in Wien alle die gleichen Bedingungen genießen. Was die Baurechtsgründe betreffe, so profitieren davon auch andere Großhandelsfirmen, etwa im Rahmen der EKAZENT.

Einer Wortmeldung von StR. NEUSSER (öPV), in der er fragte, welche Firmen das seien, entgegnete GR. SEVCIK, man müsse sich dazu nur die Mieter in Ekazent-Gebäuden ansehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Sachkrediterhöhung für Wohnhausanlage

=++++

22 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Mit Winterbaukosten, Unterfangung eines Nachbarhauses sowie Lohn- und Materialpreiserhöhungen begründete GR. Dr. SVOBODA (SPö) den Antrag auf Bewilligung einer Erhöhung des Sachkredites für die Wohnhausanlage Wien 6, Mollardgasse 39-41, um 8,8 Millionen auf insgesamt 76,5 Millionen Schilling.

GR. Dr. PETERIK (öVP) meinte, es wäre schwer zuzustimmen, wo alle "Bauchweh" haben. Er stellte die Frage, ob die Baukoordination richtig funktioniere und fand, daß die wahren Ursachen für die Baukostenerhöhung in mangelnder Planung und Organisation liegen.

GR. HAAS (SPö) lobte die architektonisch gute Lösung, die letztlich gefunden worden sei, und führte auch langwierige Verhandlungen mit dem Hauswart des alten Hauses, die Entfernung einer Tankstelle und Kabelverlegungen als Gründe für die verspätete Fertigstellung an.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Übereinkommen zwischen Gemeinde Wien und DOKW

=++++

23 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Den Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Stadt Wien und der österreichischen Donaukraftwerke AG beantragte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER (SPö). Er wies darauf hin, daß schon im Rahmenplan für den Donauausbau der Standort des Kraftwerkes Wien bei Stromkilometer 1920,8 festgelegt wurde. Im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien sei es notwendig, so Schieder, daß Hochwasserschutzmaßnahmen am rechten und linken Donauufer zwischen Stromkilometer 1930 und 1920,8 getroffen werden. Mit Rücksicht auf eine Kostenreduzierung und zur Verhinderung einer zweimaligen Störung der Anrainer, werden die Arbeiten für den Hochwasserschutz gemeinsam mit der DOKW durchgeführt, wobei die DOKW die Mehrkosten, die durch die Staustufe Wien entstehen, trägt. Der vorliegende Antrag beinhaltet den Abschluß einer Vereinbarung über diese Arbeiten zwischen Stromkilometer 1930 und 1926,7 (Wehr I). Ein weiterer Antrag für den Ausbau zwischen dem Wehr I und der Staustufe Wien wird dem Gemeinderat noch vorgelegt werden. Schieder stellte fest, daß die DOKW heute, Mittwoch, in einem Gespräch den Bau der Staustufe Wien bei Stromkilometer 1920,8 garantiert habe.

Die Wiener ÖVP habe Sorge gehabt, daß die Staustufe Wien nicht, wie geplant, bei Stromkilometer 1920,8 gebaut, sondern zum Wehr I bei Stromkilometer 1926,7 verlegt werden könnte, sagte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Aus diesem Grund habe Dr. Busek gestern, Dienstag, in einer Pressekonferenz darauf aufmerksam gemacht, daß die DOKW aus ökonomischen Gründen schon verschiedentlich Umplanungen dieser Art vorgenommen hätten. Die Erfahrungen der letzten Wochen und nicht zuletzt mit Hainburg haben gezeigt, daß die DOKW ökonomische Gesichtspunkte immer ökologischen Überlegungen voranstelle. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Übereinkommen der Gemeinde Wien mit der DOKW

=++++

24 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPö) warf der ÖVP vor, durch Horrormeldungen in den Zeitungen mit Vermutungen die jeder Grundlage entbehren, die Bevölkerung zu verunsichern. Auch könne er nicht verstehen, warum sich die ÖVP heute von Hainburg distanzieren, obwohl sie 1982 in der Wiener Landesregierung den Projekten Greifenstein, Hainburg und der Staustufe Wien zugestimmt habe. GR. Hirsch brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, der den Bau der Staustufe Wien bei Stromkilometer 1920,8 zum Inhalt hat.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Beschlußantrag mit den Stimmen der SPö und FPö. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Flächenwidmung: Kleingartendebatte

=++++

25 • Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPÖ) stellte den Antrag zur Änderung des Flächenwidmungsplanes und Neufestsetzung des Bebauungsplanes zwischen der Triester Straße und der Pottendorfer Linie auf den Wienerberggründen.

GR. GLÜCK (ÖVP) stellte fest, daß damit erreicht wird, daß die an den Zwillingseen stehenden Objekten erhalten werden können. Glück übte heftige Kritik am Zentralverband der Kleingärtner. Für neue Kleingärten müßten die Siedler Summen bis zu 700.000 Schilling einschließlich der Baukosten aufbringen. In vielen Siedlungsvereinen bestünden groteske Verbote, die es allen müßten.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stimmte zu, daß die Kosten hoch seien, der Zentralverband sei bemüht, diese Kosten zu reduzieren. Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan schaffe eine Chance, in der ehemaligen Industrielandschaft der Wienerberggründe schöne Kleingärten zu errichten.

GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, daß bei der Vergabe von Kleingärten sehr oft Willkür geherrscht habe.

In einer zweiten Wortmeldung wies GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) die Kritik von GR. Arthold an der seiner Meinung nach undemokratischen Vorgangsweise des Zentralverbandes entschieden zurück.

GR. PRAMEL (SPÖ) betonte, durch dieses Geschäftsstück werde die Sicherheit der Kleingärten gewährleistet und außerdem Vorsorge für Lärmschutzeinrichtungen getroffen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flächenwidmung im 17. Bezirk

=++++

26 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufeststellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet in Dornbach, Neuwaldegg und Pötzleinsdorf im 17. Bezirk.

Zentrales Grundstück seien die elf Hektar großen Wittgensteingründe, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP), über die eine Bausperre verhängt war. PETRIK kritisierte das Vorgehen des Bezirksvorstehers des 17. Bezirks in Bezug auf eine ursprünglich beabsichtigte Ausweitung der Baufläche von 65 Quadratmetern auf 80 Quadratmeter in der Waldegghofsiedlung. Eine Umwidmung sei in diesem Ausmaß von der Bevölkerung nicht gewünscht. Dem Wunsch der Bevölkerung entspreche es, die Wittgensteingründe als frei zugängliches Grünland zu erhalten.

GR. Rosa HEINZ (SPÖ) machte darauf aufmerksam, daß das nun zur beschränkten Bebauung gewidmete Grundstück in der Neuwaldegger Straße 38 - Wittgensteingründe - immer als Bauland gewidmet gewesen sei. Die Baumöglichkeiten werden jedoch weitgehend eingeschränkt, und es werde auf den alten Baumbestand Rücksicht genommen.

Er sei der Ansicht, erklärte Bezirksvorsteher PFLEGER (SPÖ), daß der Eigentümer der Wittgensteingründe die Möglichkeit haben sollte, das Bauland auch als solches zu nützen. In Bezug auf die Siedlung Waldegghof kündigte Pfleger eine Urabstimmung der betroffenen Siedler an. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Flächenwidmung im 17. Bezirk

=++++

27 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) An ihn sei die Bitte, die Siedlung Waldegghof aus dem Plangebiet auszugliedern, durch den Bezirksvorsteher herangetragen worden, erklärte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ). Es habe sich in dieser Siedlung eingebürgert, Erweiterungen und bauliche Veränderungen durch nachbarliche Absprachen zu regeln. Immerhin befänden sich dort Häuser mit bis zu 160 Quadratmeter Grundfläche. Eine Erweiterung auf 80 Quadratmeter müßte demgemäß eigentlich im Interesse der Siedler sein, meinte Hofmann.

Drei ÖVP-nahe Baugesellschaften hätten die hohe Bebauungsmöglichkeit im Abhangbereich des Schafberges skrupellos genützt. Die jetzige Widmung sehe eine Beschränkung der Bebaubarkeit auf den Wittgensteingründen vor.

Eine Widmung der Wittgensteingründe auf Grünland käme einer teilweisen Enteignung der Besitzer gleich, sagte GR. OBLASSER (SPÖ). Es sei nur eine stark reduzierte Bebauung vorgesehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Flächenwidmung Inzersdorf

=++++

29 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet des Ortskernes von Inzersdorf im 23. Bezirk. Der Flächenwidmungsplan soll die verkehrsmäßige Erschließung regeln, das Erscheinungsbild der Draschegründe und die Grünflächen sichern und eine gemischte Nutzung ermöglichen.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) wies darauf hin, daß im betreffenden Fall eine begrüßenswerte Zusammenarbeit zwischen Vertretern aller drei Fraktionen und den Bürgern des betroffenen Gebietes stattgefunden habe. Um die in gemeinsamem Bemühen geplante Revitalisierung von Inzersdorf auch zu sichern, brachte Mayr einen DREIPARTEIEN-ANTRAG ein, daß ein Fachbeamter des Magistrats als Koordinator für alle weiteren Maßnahmen eingesetzt werden soll. Weiters brachte Mayr den ANTRAG ein, zur Aufnahme des überregionalen Verkehrs in diesem Gebiet, der damit aus den Wohngebieten abgeleitet werden soll, die Grenzgasse vorrangig auszubauen.

GR. WIMMER (SPÖ) verwies ebenfalls auf die gute Zusammenarbeit bei den Planungen für Inzersdorf. Als Ergebnis der Gespräche mit der Bürgerinitiative brachte Wimmer einen von allen drei Parteien unterstützten ABÄNDERUNGSANTRAG ein, den geplanten Grünstreifen der Kolbegasse zwischen der Nummer 30 und der Einmündung in die Pfarrgasse wegen der ohnedies vorhandenen Vorgärten entfallen zu lassen. Wimmer stellte auch einen ANTRAG, zur Aufnahme des übergeordneten Verkehrs die Slamagasse auszubauen und teilweise in einer Verschwenkung neu zu bauen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Flächenwidmung Inzersdorf

=++++

30 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies darauf hin, daß es die Bürgerinitiative gewesen sei, die die Planer und Parteien zum Überdenken ihrer Pläne gebracht habe. Er begrüße diese Entwicklung und sei sehr froh über die Ergebnisse der Zusammenarbeit, die sich auch in zwei Dreiparteien-Anträgen zeige.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters und der Abänderungsantrag aller drei Parteien wurden einstimmig angenommen. Die drei Beschlusanträge wurden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Übergabe von Wohnhausanlagen in die Verwaltung der GESIBA

=++++

31 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte die Übergabe der Verwaltung von städtischen Wohnhausanlagen, die im Rahmen des Sonderwohnbauprogrammes entstanden sind, an die GESIBA. Als Grund gab er an, daß die mit Sonderfinanzierung oder Sonderausstattung versehenen Bauten von der Struktur her dafür besonders geeignet erscheinen.

Dkfm. HOTTER (ÖVP) stellte die Frage, weshalb zwölf in Bau befindliche Wohnhausanlagen und der Heinz-Nittel-Hof - zusammen fast 3000 Wohnungen - in einem Gewaltakt an die GESIBA übergeben werden sollen. Er äusserte die Vermutung, dies geschehe deshalb, weil im Heinz-Nittel-Hof bisher erst ein Teil der vorhandenen Wohnungen vergeben werden konnte. Die Übergabe an die GESIBA wäre eine Flucht nach vorne und der Versuch, sich von der politischen Verantwortung zu befreien.

GR. LUSTIG (SPÖ) sagte, die MA 52 wäre sehr wohl auch in der Lage, die Anlage zu verwalten. Die Übergabe an die GESIBA sei ein zunächst bis 31. Dezember 1987 befristeter Versuch.

GR. HAHN (ÖVP) sprach die Vermutung aus, die Übergabe der Verwaltung könnte mit der steigenden Zahl von Delogierungen in Gemeindebauten zusammenhängen; man wolle den "schwarzen Peter" der GESIBA zuschieben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) ull/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Ausbau der Lieblgasse

=++++

32 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Für den Neubau der Lieblgasse im 21. Bezirk beantragte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) einen Betrag von 4,3 Millionen Schilling, wobei die Baurate für 1984 zwei Millionen Schilling beträgt.

GR. PUTZ (ÖVP) bezeichnete den Neubau der Lieblgasse zwischen Leopoldauer Platz und Wagramer Straße als wichtiges Bauvorhaben. Der Redner kritisierte jedoch, daß die Information der Bezirksvertretung, wie dies nach einer Verordnung des Bürgermeisters aus dem Jahre 1979 vorgesehen ist, erst gestern abend erfolgt sei.

Bautenstadtrat RAUTNER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Bezirksvertretungen nur rund viermal jährlich zu einer Sitzung zusammentreffen. Dieser Abstand sei zu groß, um sämtliche Bauvorhaben der Bezirksvertretung vorlegen zu können. Nichtsdestoweniger seien jedoch im vorliegenden Fall Vertreter der Bezirke 21 und 22 dreimal über das Straßenbahn-Projekt Lieblgasse informiert worden. Außerdem handelt es sich bei der Lieblgasse um den Ausbau einer bestehenden Straße und nicht um den Bau einer neuen Straße, für den die Verordnung des Bürgermeisters ein Anhörungsrecht einräumt.

Stadtrat FÜRST (ÖVP) sagte, er hätte von Stadtrat Rautner das Zugeständnis erwartet, daß ein Versäumnis passiert sei. Da der Neubau seit Oktober 1982 diskutiert werde und neun Rathausabteilungen mit dem Projekt befaßt waren, hätte auch eine umfassende Information der Bezirksvertretungen Floridsdorf und Donaustadt sowie der betroffenen Bevölkerung möglich sein müssen. Fürst forderte den Ausbau der Bezirksdemokratie.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
 Utl.: Grundstücksankäufe
 =++++

33 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den Antrag auf Ankauf von acht Grundstücken.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) lehnte den Ankauf der Grundstücke ab. Nach Lage, Widmung und Preis bestehe kein objektives Kaufinteresse der Stadt Wien.

- o Der Preis für das Grundstück Handelskai 302 - 304 sei mit 3.213 Schilling pro Quadratmeter weit überhöht.
- o In der Oberlaaer Straße soll der verkaufenden Genossenschaft Planung, Baubetreuung und Bauaufsicht zugesichert werden. Diese Bedingung halte er für untragbar.
- o Das Grundstück Rollinger gasse 20 in Meidling sei mit einem Verkaufspreis von 4.717 S/Quadratmeter weit überhöht. Dieser Preis habe in der Branche allgemeine Verwunderung erweckt.
- o Beim Grundstück Weinberg gasse 57 - 77 in Döbling, die sogenannten Bensdorp-Gründe, erzielt der Verkäufer einen Mehrerlös von 15 Millionen.
- o Der Preis für das Grundstück Dammstraße ist mit 3.872 S/Quadratmeter für den 20. Bezirk zu hoch.
- o Das Grundstück Leopoldauer Straße wurde innerhalb von zwei Jahren um 40 Prozent teurer.
- o Die beiden Grundstücke Kirschenallee und Breitenleer Straße haben Grünlandwidmung bzw. EPK-Widmung. Hier werde eindeutig Spekulation betrieben.

Die FPÖ sehe keine Notwendigkeit, diese Grundstücke für die Stadt Wien zu erwerben. Es geht eindeutig darum, sagte Hirnschall, daß marode, verpolitisierte Genossenschaften, die sich übernommen haben, mit öffentlichen Geldern saniert werden sollen. (Forts.)
 fk/gg

Wiener Gemeinderat (25)
 Utl.: Grundstücksankäufe
 =++++

34 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Das Grundstückspaket darf nicht oberflächlich behandelt werden, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Bei zwei Grundstücken, Rollinger gasse und Handelskai, kann die Volkspartei die Zustimmung erteilen. Sie seien preisangemessen und liegen im Stadterneuerungsgebiet. Die Grundstücke Dammstraße, Leopoldauer Straße und Oberlaaer Straße sind nicht preisangemessen, wenngleich wenigsten die Widmung stimmt. Bei den Grundstücken Kirschenallee und Breitenleer Straße, für die die Widmung Grünland bzw. EPK besteht, handele es sich eindeutig um Spekulationsobjekte. Außerdem liegen sie im Stadterweiterungsgebiet und würden im Fall einer Verbauung Gelder der Wohnbauförderung der Stadterneuerung entziehen.

Dem Ankauf des Grundstückes Weinberg gasse, Bensdorpgründe, hätte die ÖVP die Zustimmung erteilen können, wenn dort ein Pensionistenheim errichtet würde. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Grundstücksankäufe
=++++

35 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund der Forcierung der Stadterneuerung, erklärte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), habe man den Aufteilungsschlüssel der Förderungsmittel auf die Wohnbauträger verändert. Für die Wohnbauträger bestehe die Möglichkeit, untereinander Grundstückstransaktionen vorzunehmen. Die heutigen Grundstücksankäufe seien nur eine Fortsetzung der sechs Grundstücksankäufe von öVP-nahen Wohnbauträgern in den Jahren 1982/83. Die Preisdifferenzen zwischen Einkauf und Verkauf gestalten sich diesmal genauso unterschiedlich wie damals, als alle sechs Grundstücksankäufe einstimmig beschlossen wurden.

Wenn ein Wohnbauträger ein Grundstück besonders preisgünstig erwerbe, müsse er den Kaufvorteil an den Käufer nicht weitergeben, doch sei die Preisangemessenheit, basierend auf Schätzgutachten, bei allen anzukaufenden Grundstücken berücksichtigt worden.

Im Zusammenhang mit dem Grundstück Dammstraße mit einem Preis von 4.040 Schilling pro Quadratmeter nannte Hofmann den Kaufpreis, den die öVP-nahe SEG für ein Grundstück ganz in der Nähe bezahlt hätte: pro Quadratmeter 4.300 Schilling. Der Vorwurf, zu teuer gekauft zu haben, könne also nur dann gelten, wenn die SEG ebenfalls zu teuer gekauft hätte.

Beim Grundstück Breitenleer Straße müsse man beachten, daß die Sozialbau auf dem Nachbargrundstück bereits eine Siedlung errichtet habe, die Genossenschaft beim Ankauf also an ein Siedlungserweiterungsprogramm gedacht habe, sagte Hofmann.

Was man bauen wolle, habe mit dem Grundpreis der Bendorf-Gründe nichts zu tun. Er wolle sich, erklärte Hofmann, nicht endgültig festlegen, ob ein Pensionistenheim oder ein Wohnbau errichtet werde, doch müsse aus der Argumentation Bezirksvorsteher Tillers bezüglich der Überlastung der Krottenbachstraße dieser eigentlich den Antrag auf eine Bausperre des Krottenbachtals überdenken. (Forts.) je1/gg

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Grundstücksankäufe

=++++

36 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Beim Grundstück Kirschenallee handle es sich um einen EPK-gültigen Preis. In Bezug auf eine Umwidmung müsse der Gemeinderat befaßt werden. Beim Grundstück Oberlaaer Straße seien Restankäufe notwendig, doch bestehe auch hier die Preisangemessenheit.

Abschließend sagte Hofmann, daß ein Großteil der anzukaufenden Grundstücke unter dem Aspekt der Stadterneuerung, der Rest als Fortsetzung des Siedlungsprogramms zu sehen sei.

ABSTIMMUNG: Die Grundstücksankäufe Handelskai und Rollingergasse wurden mit den Stimmen der öVP und SPÖ, die restlichen sechs Grundstücke mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Schlußwort Mayrhofer

=++++

37 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort wies der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. MAYRHOFER, darauf hin, daß der Rechnungsabschluß gezeigt habe, daß es gelungen sei, die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise für Wien so gering wie möglich zu halten. Trotz der Ablehnung des Rechnungsabschlusses durch die Oppositionsparteien habe man in großen Teilbereichen eine übereinstimmende Haltung aller drei Parteien erkennen können. Alle Abgeordneten seien bestrebt gewesen, ihrem Wählerauftrag gerecht zu werden. Mayrhofer dankte allen Mitgliedern des Stadtsenates und des Gemeinderates, aber auch allen Bediensteten der Stadt Wien für ihre Arbeit. Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19 Uhr. (Schluß)
gab/gg

-----ENDE DES SITZUNGSBERICHTES-----

NNNN

Hochseeschiff morgen vormittag in Wien

=++++

19 Wien, 27.6. (RK-LOKAL) Das erste Hochseeschiff, die MS "Osteteam", wird morgen, Donnerstag, zwischen 10 und 11 Uhr im Hafen Wien-Freudenau eintreffen. Das Schiff, das derzeit in Budapest Ladung übernimmt, wird etwa um 8 Uhr früh Hainburg passieren.

Mit der MS "Osteteam" wird der Versuch unternommen, zwischen Wien und den Schwarzmeerbäfen einen direkten Donau-See-Verkehr aufzunehmen. Die erste Fahrt der "Osteteam" führt zum nordtürkischen Hafen Trabzon (Trapezunt), von wo die Fracht auf dem Landweg in den Iran weiterbefördert wird. Der Wiener Hafen hat für dieses Experiment die Ausfallshaftung übernommen. Der Test soll der österreichischen Wirtschaft neue Transportmöglichkeiten in die Levante erschließen.

Nach Ansicht vieler Fachleute kommt die direkte Donau-See-Route in den Bereich Schwarzes Meer und östliches Mittelmeer um 40 Prozent billiger als die Verschiffung über italienische und jugoslawische Mittelmeerbäfen. (Schluß) wh/ti

NNNN